

INNENPOLITIK

*
*

* * * * *

*(8)

3. Plenartagung des XII.ZK der KPCh

Das XII. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas kam am 20. Oktober 1984 in Beijing zu seiner 3. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 321 der 346 Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees teil. Unter den abwesenden ZK-Mitgliedern soll sich auch der frühere Parteivorsitzende Hua Guofeng befunden haben, der als Führer der maoistischen Restfraktion seit längerer Zeit de facto unter Hausarrest gestellt ist. Außerdem beteiligten sich an der Tagung 297 Politiker, die der Zentralen Beraterkommission, der Zentralen Disziplin-Kontrollkommission oder den Führungsorganen auf den zentralen oder lokalen Ebenen angehören. Vom sechsköpfigen Ständigen Ausschuss des Politbüros fehlte Marschall Ye Jianying (87), der seit geraumer Zeit an zunehmender Altersschwäche leidet und am 1. Februar 1984 zum letzten Mal in der Öffentlichkeit aufgetreten ist. Der eintägigen 3. Plenartagung vorausgegangen waren eine Zentrale Arbeitskonferenz im Prominentenseebad Beidaihe im August sowie eine sechstägige Vorbereitungskonferenz unmittelbar vor der offiziellen ZK-Tagung. Nachdem auf diesen beiden Arbeitskonferenzen wie üblich die eigentlichen politischen Auseinandersetzungen stattgefunden hatten und ein Kompromiß zwischen den Gruppen innerhalb der Parteiführung ausgehandelt worden war, wurden auf der parteioffiziellen 3. Plenartagung des XII. ZK "einstimmig" folgende zwei Dokumente verabschiedet:

1. Der "Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Reform des Wirtschaftssystems" und
2. der "Beschluß über die Einberufung einer nationalen Delegiertenkonferenz der Partei".

Im Mittelpunkt der 3. Plenartagung stand zweifelsohne der Beschluß über die Wirtschaftsreform, der im offiziellen Kommuniqué des ZK-Plenums als ein "programmatisches Dokument für die Reform des Wirtschaftssystems unseres Landes" bezeichnet wurde. Da für den Bereich der Landwirtschaft bereits auf der III. Plenartagung des XI.ZK im Dezember 1978 tiefgreifende Reformen beschlossen wurden, hat das Reformdokument der 3. Plenartagung des XII.ZK ausschließlich den städtischen bzw. den industriellen Bereich sowie die Wirtschaftspolitik zum Thema. Schwerpunkte der vom ZK geforderten Reformen bilden

das Preis- und das Planungssystem, die Wirtschaftsverwaltung und das Betriebsmanagement sowie das Arbeits- und Lohnsystem. Tatsächlich handelt es sich bei dem Dokument um ein recht allgemein gehaltenes Reformprogramm, das ursprünglich bereits auf dem XII. Parteitag der KP Chinas (September 1982) hätte verabschiedet werden sollen. Aufgrund des starken Widerstands einer breiten Koalition von Reformgegnern mußte dieser Zeitplan aufgegeben werden. Die jetzt erfolgte parteioffizielle Verabschiedung des Reformdokuments durch das Zentralkomitee ist daher ein Indiz für eine wesentlich verstärkte Stellung der Reformkräfte um Deng Xiaoping, Zhao Ziyang und Hu Yaobang.

Allerdings trägt das ZK-Dokument zur Wirtschaftsreform auch deutliche Merkmale eines politischen Kompromisses zwischen den Reformkräften und den Reformgegnern. So sind die Reformpläne in der Regel derart allgemein gehalten, daß sie noch konkreter Ausführungsbestimmungen bedürfen. Darüber hinaus sind die Ausführungen zu einigen Reformpunkten derart zweideutig, daß sich sowohl die Reformkräfte als auch die Reformgegnern in ihrem Handeln auf das Dokument berufen werden können. So wird z.B. auf der einen Seite gefordert, daß die Unternehmen zu "relativ unabhängigen ökonomischen Einheiten" werden sollen, während auf der anderen Seite die Verwaltung, Kontrolle und Führung der Betriebe durch den Staat mit Hilfe planwirtschaftlicher, administrativer und gesetzlicher Methoden betont werden.

Ohnehin wird in dem Reformdokument an den Grundpfeilern des sozialistischen Wirtschaftssystems festgehalten:

- Die "sozialistische Planwirtschaft" soll als "geplante Warenwirtschaft" bestehen bleiben, wobei nicht näher spezifizierte "wichtige Produkte" nach wie vor der Befehlsplanung unterliegen sollen. Die indikative Planung soll zwar auf Kosten der Befehlsplanung zunehmen, doch dem Markt als wirtschaftliches Regulativ wird nach wie vor nur eine "ergänzende" Rolle beigemessen.

- Die staatseigenen Betriebe sollen auch in Zukunft die führende Kraft der chinesischen Wirtschaft bleiben.

Im Gegensatz zu den Ausführungen über das Planungs- und das Eigentumsystem scheinen sich die Reformkräfte auf den Gebieten Preisystem, Betriebsmanagement, Arbeits- und Lohnsystem sowie Außenwirtschaft weitgehend durchgesetzt

zu haben (siehe die ausführliche Bewertung des ZK-Beschlusses über die Wirtschaftsreform von Erhard Louven sowie den Wortlaut dieses Dokuments in diesem Heft). Erst in den kommenden Monaten, wenn die konkreten Ausführungsbestimmungen des Reformplans ausgearbeitet werden, wird sich zeigen, wie weit sich die Reformkräfte gegen ihre konservativ-dogmatischen Gegner innerhalb der Partei tatsächlich durchsetzen können. Zu den Reformkräften zählen im Politbüro und im ZK-Sekretariat vor allem Deng Xiaoping, Zhao Ziyang, Hu Yaobang, Wan Li, Xi Zhongxun und Hu Qili. Die Reformgegner setzen sich im wesentlichen aus den Sowjetmodell-Verfechtern um Chen Yun und den zentralen Planungsbürokraten zusammen und werden unterstützt von maoistischen Kräften und konservativen Militärs. Zu den Reformgegnern innerhalb des Politbüros und des ZK-Sekretariats dürften vor allem folgende Politiker zählen: Chen Yun, Li Xiannian, Yu Qiuli, Yao Yilin, Fang Yi, Gu Mu und Deng Ligu.

Nach dem Willen des Zentralkomitees sollen die in dem jüngsten ZK-Beschluß genannten Wirtschaftsreformen "Schritt für Schritt" innerhalb der nächsten fünf Jahre verwirklicht werden (RMRB, 21.10.84). Zunächst steht jedoch die Konkretisierung der allgemeinen Reformbeschlüsse für die einzelnen Bereiche an.

Neben der Verabschiedung des Wirtschaftsreformprogramms beschloß die 3. Plenartagung des XII.ZK, eine nationale Delegiertenkonferenz im September 1985 einzuberufen. Nach Artikel 12 des Partei-statuts ist dies möglich. Auf der Tagesordnung der Delegiertenkonferenz sollen zwei Punkte stehen:

1. Diskussion und Verabschiedung der Vorschläge über die Grundzüge des 7. Fünfjahresplans (1986-1990) für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung,
2. Wahl von zusätzlichen ZK-Mitgliedern und andere organisatorische Fragen.

An der nationalen Delegiertenkonferenz im September 1985 werden etwa 1.000 Vertreter teilnehmen - im Vergleich zu 1.600 Delegierten auf dem XII. nationalen Parteitag der KPCh im September 1982. Es sind die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees, die Mitglieder der Zentralen Beraterkommission und der Zentralen Disziplin-Kontrollkommission sowie die Führer der Provinzen, der Autonomen Gebiete, der provinzfür freien Städte, der Militärregionen, der zentralen Abteilungen der Partei, Regierung und Armee sowie der Massenorgani-

sationen, die nicht Mitglieder der drei Komitees der KPCh auf zentraler Ebene sind. Darüber hinaus werden an der Delegiertenkonferenz jüngere Parteimitglieder teilnehmen, die seit dem XII. Parteitag auf verschiedenen Gebieten herausragende Beiträge geleistet haben. Alle Teilnehmer an der nationalen Delegiertenkonferenz der Partei werden stimm- und wahlberechtigt sein.

Der Beschluß der 3. Plenartagung des XII.ZK, auf einer nationalen Delegiertenkonferenz zusätzliche ZK-Mitglieder zu wählen, stellt einen Verstoß gegen das Parteistatut dar, denn nach Artikel 19 wird das Zentralkomitee vom Landesparteitag gewählt. Angesichts der zahlreichen Verstöße der Parteiführung gegen Gesetze und Statuten in den vergangenen 35 Jahren kann dies zwar nicht mehr verwundern, doch es muß bedenklich stimmen, daß eine Parteiführung, die wie keine andere zuvor die Befolgung von Gesetz und rechtlicher Ordnung propagiert, trotzdem gegen den eigenen Kodex verstößt, wenn er als politischer Handlungsrahmen nicht mehr ausreicht. Es ist zwar verständlich, daß Deng Xiaoping noch zu Lebzeiten das Zentralkomitee vollständig von seinen Widersachern und von den Gegnern der von ihm ernannten Nachfolger Hu Yaobang und Zhao Ziyang säubern will, doch ist dieser neuerliche Verstoß gegen die Parteisatzung weder ein gutes Beispiel für die viel beschworene Parteidisziplin noch eine vertrauensbildende Maßnahme nach außen. -sch-

*** (9)
Die formelle Rangfolge innerhalb der chinesischen Führungsspitze**

Eine Auswertung der offiziellen Teilnehmerlisten an wichtigen Veranstaltungen von Partei und Staat in den letzten Monaten ergibt folgende formelle Rangfolge der 33 ranghöchsten Mitglieder der chinesischen Führungsspitze (Politbüro und ZK-Sekretariat):

- 1) Hu Yaobang
- 2) Ye Jianying
- 3) Deng Xiaoping
- 4) Zhao Ziyang
- 5) Li Xiannian
- 6) Chen Yun
- 7) Peng Zhen
- 8) Deng Yingchao (w.)
- 9) Xu Xiangqian
- 10) Nie Rongzhen
- 11) Ulanhu
- 12) Wan Li
- 13) Xi Zhongxun
- 14) Wang Zhen
- 15) Wei Guoqing
- 16) Fang Yi
- 17) Li Desheng
- 18) Yang Shangkun
- 19) Yang Dezhi

- 20) Yu Qiuli
- 21) Song Renqiong
- 22) Zhang Tingfa
- 23) Hu Qiaomu
- 24) Ni Zhifu
- 25) Yao Yilin
- 26) Qin Jiwei
- 27) Chen Muhua (w.)
- 28) Deng Liqun
- 29) Gu Mu
- 30) Chen Pixian
- 31) Hu Qili
- 32) Qiao Shi
- 33) Hao Jianxiu (w.)

Diese formelle Rangfolge hat freilich nur begrenzte Aussagekraft hinsichtlich der Beteiligung am politischen Tagesgeschäft. Ministerpräsident Zhao Ziyang hat nämlich vor einiger Zeit enthüllt, daß der Ständige Ausschuß des Politbüros nicht mehr als Gremium zusammentritt und daß das Politbüro nur noch selten und unregelmäßig zu Sitzungen einberufen wird. Das politische Tagesgeschäft der chinesischen Partei- und Staatsführung wird Zhao Ziyang zufolge vom ZK-Sekretariat und von der Ständigen Konferenz des Staatsrats erledigt (siehe C.a., September 1984, Ü: "Die wichtigsten politischen Entscheidungsgremien: ZK-Sekretariat und Ständige Konferenz des Staatsrats"). -sch-

*** (10)**

Hu Yaobang sagt Veränderungen in den Parteispitzengremien voraus

ZK-Generalsekretär Hu Yaobang hat japanischen Angaben zufolge gegenüber dem ehemaligen japanischen Außenminister Masayoshi Ito am 17. Oktober 1984 erklärt, daß auf der nationalen Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Chinas im September nächsten Jahres drei oder vier Parteiführer von ihren Ämtern zurücktreten werden. Diese und damit zusammenhängende weitere personelle Veränderungen sollen sowohl das Politbüro als auch das ZK-Sekretariat betreffen. (Kyodo, 18.10.84, nach SWB, 20.10.84; Reuter 18.10.84, nach BPA-Ostinformationen, 19.10.84) -sch-

*** (11)**

Li Desheng kritisiert Rolle der VBA während der Kulturrevolution

Der Kommandeur der Militärregion Shenyang, Politbüromitglied Li Desheng, hat sich erneut öffentlich hinter den Kurs Deng Xiaopings gestellt, indem er in einem Artikel für das ZK-Organ "Volkszeitung" eine insgesamt negative Bewertung der Rolle der Armee während der Kulturrevolution vornahm (siehe RMRB, 9.10.84). Insbesondere kritisierte Li Desheng "die drei Hilfsleistungen der VBA und die zwei Bereiche der Militarisierung" (sanzhi liangjun). Die "drei

Hilfsleistungen der VBA und die zwei Bereiche der Militarisierung" umfaßten:

1. Unterstützung der Linken;
2. Unterstützung der Landwirtschaft;
3. Unterstützung der Industrie;
4. Militärkontrolle von Rundfunkstationen, Banken, Lagerhäusern, Gefängnissen, Zivilluftfahrt, Schulen und Universitäten, und
5. militärische Ausbildung von Schülern und Studenten.

Li Desheng kritisierte, daß die damit verbundenen Aktionen der VBA während der Kulturrevolution schweren Schaden angerichtet hätten, und er nannte die Fraktionierung innerhalb der VBA als ein Beispiel. Li Desheng sprach sich im Artikel für eine umfassende Negierung der Kulturrevolution und der Rolle der VBA während dieser Zeit auch und gerade innerhalb der Armee aus. In diesem Zusammenhang kritisierte er VBA-Kollegen, die eigene politische Fehler während der Kulturrevolution nicht zugeben wollten und sich hinter dem Scheinargument verschanzten, sie hätten auf Anweisung von oben die "Linken" unterstützt. -sch-

*** (12)**

Große zivile und militärische Parade zum 35. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China

Den Höhepunkt der offiziellen Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1984 bildete eine große zivile und militärische Parade auf dem Tiananmen-Platz in Beijing. Auf dem Balkon des "Tors zum himmlischen Frieden" hatte sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die gesamte Partei- und Staatsführung versammelt, um die Parade abzunehmen. Unter den ausländischen Gästen, die der Veranstaltung beiwohnten, befanden sich an prominentester Stelle die drei Führer der Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea Prinz Norodom Sihanouk (zwischen Deng Xiaoping und Staatspräsident Li Xiannian plaziert), Son Sann und Khieu Samphan. Auch der pro-chinesische vietnamesische Exilpolitiker Hoang Van Hoan nahm inmitten der höchsten politischen Führer der Volksrepublik China an dem Festakt teil. An der Parade zur Feier des 35. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik China nahmen rund 500.000 Menschen teil. Zum ersten Mal seit 1959 defilierten wieder Einheiten aller Teilstreitkräfte und Waffengattungen durch das Zentrum der chinesischen Hauptstadt. Fast 10.000 Angehörige der chinesischen Streitkräfte zeigten verschiedene Waffen und Waffensysteme chinesischer Produk-

tion, darunter auch Mittelstrecken-, Langstrecken- und Interkontinental-Raketen. Im militärischen Teil der Parade wurden insgesamt 428 Militärfahrzeuge gezeigt, darunter auch Panzer sowie Haubitzen und Kanonen auf Selbstfahrlafetten. Die zivile Parade umfaßte 67 Formationen und 105 Festwagen, die in acht Abordnungen vorbeidefiliierten. Die größte Gruppe war das Kontingent der Wissenschaft, des Erziehungs- und des Gesundheitswesens. Deng Xiaoping, der als Vorsitzender der ZK-Militärkommission den militärischen Teil der Parade abnahm, hielt auf der Veranstaltung die Festrede. (RMRB, 2.10.84) -sch-

*(13)

Soziale Stellung der Frau

Anlässlich des 35jährigen Bestehens der Volksrepublik China zog die Vizepräsidentin des nationalen Frauenverbandes Zhang Guoying Bilanz über das Erreichte auf dem Gebiet der Frauenemanzipation. Die Frau sei, so sagte sie, in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht dem Mann gleichgestellt; das Bild der gehorsamen Tochter und Ehefrau gehöre der Vergangenheit an. Frau Zhang nannte folgende Zahlen: Unter den staatlichen Arbeitern und Angestellten habe es im Jahre 1983 42 Millionen Frauen gegeben, das sei ein Anteil von 36,5 Prozent; 1949 habe dieser Anteil nur 7,5 Prozent betragen. Berufe, die den Frauen früher verschlossen waren, würden ihnen jetzt offenstehen: Sie seien Fabrikarbeiterinnen, Ingenieurinnen, Direktoren und Manager großer Betriebe. Für Frauen gelten besondere Arbeitsschutzbestimmungen. So dürfen Arbeiten, die ihrer Gesundheit schaden, nicht von Frauen versehen werden. In wissenschaftlich-technischen Berufen seien 32,8 Prozent Frauen tätig. Überdies seien 80 Prozent aller Angestellten in Leichtindustrie, Finanzen und Handel und 57,4 Prozent des technischen Personals in Medizin und Gesundheitswesen Frauen. Auf dem Lande arbeiteten 150 Millionen Frauen in der Landwirtschaft. Aufgrund des Verantwortlichkeitssystems in der Produktion hätten sie die Möglichkeit, sich die für sie am besten geeignete Tätigkeit auszusuchen, was ihnen größere Einkommen und mehr Respekt von seiten der Männer einbringe.

Auch in der Politik spiele die Frau eine große Rolle. Die Wahlbeteiligung unter den Frauen habe 95 Prozent betragen, und von den Abgeordneten des VI. Nationalen Volkskongresses seien 21,2 Prozent Frauen gewählt worden. Etwa der gleiche Anteil weiblicher Abgeordneter sei auf Kreisebene gewählt worden. In der Provinz Sichuan ge-

be es 147 weibliche Kreisvorsteher oder stellvertretende Kreisvorsteher, und in den 20 Kreisen von Shanghai gebe es 17 Kreisvorsteherinnen oder stellvertretende Kreisvorsteherinnen. Auch in der Zentralregierung gebe es mehrere Frauen in verschiedenen Ämtern, darunter eine Staatsrätin und Ministerinnen.

Die Rechte der Frau würden durch die chinesische Verfassung geschützt, auch das chinesische Ehegesetz schütze Frauen und Kinder. Unbefriedigend hingegen sei die Lage der Frauen im Hinblick auf ihr Bildungsniveau. Je höher die Bildungsinstitution, desto niedriger der Prozentsatz der Frauen. In den Grundschulen betrage der Anteil der Mädchen 43 und auf den Hochschulen nur 26,2 Prozent. Die Teilnahme an Erwachsenenbildungskursen sei den Frauen aufgrund ihrer häuslichen Pflichten häufig nicht möglich. Von den 11 Millionen Arbeitern, die an Kursen teilnehmen, die von den Gewerkschaften organisiert werden, seien nur 3 Millionen Frauen. Es seien jedoch Bemühungen im Gange, den Frauen die Verantwortung für die Kinderfürsorge und den Haushalt zu erleichtern (XNA, 26.9.84).

Daß die formale Gleichberechtigung der Frau und die soziale Praxis weit auseinanderklaffen, ist eine unbestreitbare Tatsache. Zu Recht hat die Vizepräsidentin des Frauenverbandes auf die unzureichende Lage im Bildungswesen hingewiesen. Ganz anders ein Artikel in der Guangming-Zeitung vom 8.10.84, der die bisherigen Erfolge bezüglich der Hebung des Bildungsniveaus der Frauen herausstellt. Nach Statistiken des Erziehungsministeriums, so heißt es da, seien im alten China 90 Prozent der Frauen Analphabeten gewesen. Von den 143 Millionen Analphabeten, die seit 1949 Lesen und Schreiben gelernt hätten, sei über die Hälfte Frauen gewesen. Zugleich sei der Anteil der Schülerinnen an allen Schultypen ständig gestiegen:

Im Jahre 1983 betrage der Anteil der Mädchen an den Grundschulen 43,7 Prozent, was gegenüber 1951 einen Zuwachs von 15,7 Prozent bedeute. An den regulären Mittelschulen betrage der Anteil der Mädchen 1983 39,2 Prozent, gegenüber 1951 ein Zuwachs von 13,7 Prozent, an den Hochschulen 1983 26,7 Prozent, gegenüber 1951 ein Zuwachs um 3,7 Prozent. Seit Einführung der akademischen Grade im Jahre 1982 gebe es in China schon über 830 weibliche Doktoren und Magister. Wie begrenzt die Erfolge auf diesem Gebiet tatsächlich sind, zeigt sich daran, daß der Anteil der Studentinnen an den Hochschulstudenten in 33 Jahren

nur um 3,7 Prozent zugenommen hat. -st-

*(14)

Die Situation der Rentner in der Volksrepublik

In den 18 Jahren zwischen der zweiten Volkszählung 1964 und der dritten Volkszählung 1982 ist die Zahl der Alten über 60 bzw. 65 Jahren um 82% bzw. 100% gestiegen. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 3,4 und 3,9% wuchs der Anteil der Alten erheblich schneller als die gesamte Bevölkerung. Am Ende dieses Jahrhunderts wird die Zahl der Alten auf 130 Mio. - etwa 11% der Gesamtbevölkerung - steigen. In den 35 Jahren seit der Gründung der Volksrepublik hat sich die chinesische Regierung stets um das Leben der alten Leute gekümmert. Gemäß dem chinesischen Gesetz treten weibliche Angestellte und Arbeiterinnen mit dem 55. Lebensjahr und Arbeiter und männliche Angestellte mit dem 60. Lebensjahr in den Ruhestand. Je nach ihrem Dienstalter können sie monatlich 75% oder mehr ihres letzten Lohnes oder sogar den vollen Lohn als Rente beziehen. Ihre medizinischen Kosten werden weiterhin vom Staat bezahlt. Heute gibt es in China etwa 100 Mio. Menschen im Ruhestand.

Seit den letzten Jahren wurde in manchen ländlichen Gebieten, vor allem in den Kreisen und in der Umgebung von Großstädten, auch das Rentensystem eingeführt. Nach Angaben von 11 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten beziehen insgesamt rund 430.000 alte Bauern von 3.400 Produktionsbrigaden Rente. Nach einer Statistik von 1983 sind auf dem Lande 10.600 Altersheime errichtet worden, und zwar für die kinderlosen Alten. Aber man muß auch zur Kenntnis nehmen, daß sich im Zuge der Entwicklung der Gesellschaft die traditionelle Großfamilie mehr und mehr aufspaltet. Es ist bekannt, daß China gegenwärtig die Familienplanung praktiziert und die Ein-Kind-Familie verlangt. Es wird für diese Jugendlichen eine schwere Last sein, wenn sie einmal für ihre Eltern und sogar für ihre Großeltern sorgen müssen. Um dieses Problem zu lösen, muß die Gesellschaft allmählich die Aufgabe der Altersfürsorge übernehmen. Um ihr Leben sinnvoller zu gestalten, sollten die alten Menschen organisiert werden, damit ihre Rolle zur Geltung gebracht werden kann. Sie können zur Teilnahme am sozialistischen Aufbau organisiert werden.

In Shanghai nehmen immer mehr Rentner an gemeinnützigen Tätigkeiten teil. Aus einer kürzlich

durchgeführten sozialen Untersuchung des Shanghaier Amtes für zivile Angelegenheiten geht hervor, daß über 400.000 der 1,3 Mio. pensionierten Arbeiter und Angestellten täglich auf die Straße gehen und den Verkehr regeln, die öffentliche Sicherheit kontrollieren. Über 1.000 fachkundige pensionierte Arbeiter und Angestellte haben sich in Gruppen für die kostenlose Reparatur von Schuhen, Hausgeräten und Töpfen, als Friseur usw. organisiert. Der Altersverein zählt z.Zt. 300.000 Mitglieder. Mit der Entwicklung der Wissenschaft und Technik sowie des Gesundheitswesens ist die durchschnittliche Lebenserwartung von 1949 bis heute auf 69 Jahre gestiegen. (Radio Beijing, 29.10.1984, zitiert nach MD, 2.11.1984) -low-

KULTUR

*
*
* * * * *

*(15)

China entsendet ein Forschungsteam in die Antarktis

Vom 20. November 1984 bis Frühjahr 1985 wird eine chinesische Forschungsgruppe sich in den Südpazifik und in die Antarktis begeben, um dort Forschungen durchzuführen und eine Sommer-Forschungsstation zu errichten.

China unternahm seine ersten Schritte in diese Richtung im Januar 1980. Damals reisten zwei chinesische Wissenschaftler in die Antarktis. Seither führten insgesamt 33 chinesische Wissenschaftler und Techniker gemeinsam mit Forschungsgruppen aus anderen Ländern (Australien, Neuseeland, Chile, Argentinien und Japan) Antarktisexpeditionen durch.

Das Ende November abgereiste Team umfaßt rund hundert Wissenschaftler und Techniker, die den Auftrag haben, Untersuchungen im Bereich der Ozeanhydrologie, der Meteorologie, der Geologie, der Biologie, der Chemie und der Geophysik durchzuführen. Auftraggeber ist die Staatliche Kommission für Antarktisforschung und das Staatliche Büro für Ozeanographie.

Nach den USA, Japan, der Sowjetunion, der Bundesrepublik Deutschland, Australien, Argentinien, Chile und anderen Staaten ist China das 17. Land, das eine Forschungsgruppe entsendet. Vor ihrem Aufbruch wurden die Mitglieder der Forschungsgruppe von den beiden Politbüroangehörigen Wan Li und Hu Qili empfangen (XNA, 15.10.84).

China legt Wert darauf, alle Vorhaben möglichst in Abstimmung mit anderen Ländern durchzuführen. Offensichtlich steht hinter dieser Kooperationsgesinnung die Absicht, jeglichen Verdacht eines einseitigen Zugriffs auf das Antarktisgebiet zuvorzukommen. -we-

*(16)

Gesellschaft zum Studium der Republikzeit

Am 10.10.1984 wurde in Nanjing eine Gesellschaft zum Studium der Geschichte der Republik China (1912-1949) gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen neunzig Historiker und Gelehrte teil. Shi Xuancen, der Präsident der neuen Gesellschaft, wies darauf hin, daß Nanjing der Sitz der provisorischen Regierung der von Sun Yatsen gegründeten Republik und zugleich der Guomindang-Regierung unter Jiang Kaishek gewesen sei. Deshalb befänden sich in Nanjing beträchtliche Materialsammlungen über die Republik. Shi Xuancen betonte, daß die Erforschung der Republikzeit einer künftigen Zusammenarbeit zwischen CCP und GMD dienen könne, denn zwischen 1927 und 1949 hätten die beiden Parteien zweimal zusammengearbeitet. Die Gesellschaft habe sich vorgenommen, eine umfassende Geschichte der Republik herauszugeben. Li Xin, ein Spezialist für die Geschichte der Republik, wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Auf einem Symposium über die Geschichte der Republik, das im Mai in Nanjing abgehalten worden war, war beschlossen worden, zwei weitere Forschungszentren in Beijing und Guangzhou zu gründen (XNA, 11.10.84).

Mit Ausnahme der Revolution von 1911, über die zahlreiche historische Untersuchungen vorliegen, ist die wissenschaftliche Forschung über die Zeit der Republik in der Volksrepublik bisher weitgehend vernachlässigt worden. Der Grund lag offensichtlich in zu großer Unsicherheit wegen der politischen und ideologischen Implikationen. In den letzten Jahren vollzieht sich auf diesem Gebiet jedoch ein Wandel, und mehrere größere Projekte zur Geschichte der Republik sind in Arbeit, so z.B. eine gesamte Geschichte der Republik und ein biographisches Werk über Persönlichkeiten der Republik. Der Hinweis auf die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Nationalisten macht deutlich, daß die Gründung der Gesellschaft auch politisch motiviert ist, denn die KPCh befürwortet eine abermalige Zusammenarbeit mit der GMD. Es bleibt allerdings zu hoffen, daß sich die historische Forschung zur Republik auch anderen Aspekten als nur der Einheitsfrontpolitik wid-

met.

Der Gründungstag der Gesellschaft, der 10.10., war übrigens der Tag, an dem die Revolution von 1911 ausbrach. Er wurde in der Republikzeit und wird noch heute in Taiwan als Nationalfeiertag begangen. -st-

*(17)

Zwei neue Hochschulen für Sicherheits- und Polizeibeamte

In Beijing wurden im Oktober zwei neue Hochschulen eröffnet: die Hochschule des chinesischen Volkes für öffentliche Sicherheit (Zhongguo Renmin Gong'an Daxue) und die Hochschule des chinesischen Volkes für Polizeibeamte (Zhongguo Renmin Jingguan Daxue). Beide Hochschulen unterstehen dem Ministerium für öffentliche Sicherheit und wurden mit Billigung des Staatsrates gegründet. Die Hochschule für öffentliche Sicherheit bildet Verwaltungsleute, Lehrer und andere Fachleute auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit aus, die Hochschule für Polizeibeamte wissenschaftliches und technisches Personal für öffentliche Sicherheit. Das Ziel ist, die Sicherheits- und Polizeikräfte besser auszubilden. Wie Politbüromitglied Xi Zhongxun bei der Eröffnung sagte, müßten die Sicherheits- und Polizeikräfte nicht nur politisch absolut zuverlässig sein und einen hohen moralischen Standard haben, sondern sie müßten auch moderne Wissenschaft und Technik begreifen, um ihre technische Ausrüstung und ihre technischen Methoden modernisieren zu können, kurzum, sie müßten ein verhältnismäßig hohes Bildungsniveau haben. Aus diesem Grunde sei es erforderlich, die Ausbildung der Sicherheitskräfte zu formalisieren und ein eigenes Ausbildungssystem auf Hoch- und Mittelschulebene zu errichten. Das Ministerium für öffentliche Sicherheit und die Sicherheitsämter auf Provinzebene seien gehalten, entsprechende Hochschulen und Fachmittelschulen zu gründen. Personal für öffentliche Sicherheit und Polizei werde künftig nur nach Durchlaufen formaler Ausbildungswege eingestellt. Bereits im Berufsleben befindliches Personal müsse in den nächsten zwei bis drei Jahren Fortbildungskurse absolvieren, um die entsprechende Qualifikation zu erlangen (RMRB, 13.10.84). -st-

*(18)

Katholisches Seminar in Xi'an

In Xi'an soll demnächst ein katholisches Priesterseminar eröffnet werden, das erste im Nordwesten Chinas. Träger sind die patriotischen katholischen Kommissionen der Provinzen Shaanxi, Gansu und